

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 845-48 ppbn d

## Inhalt

Bundesminister Karl  
Ravens: Landtagswahl  
1978 auch wichtig für  
Bundesrepublik.

Seite 1-2

Horst Seefeld MdB zieht  
20 Jahre nach Inkraft-  
treten der Verträge zur  
Gründung der Europäi-  
schen Wirtschaftsge-  
meinschaft europapoliti-  
sche Bilanz.

Seite 3-4

Erich Wolfram MdB wirft  
den Regierungen in Nie-  
dersachsen und Baden-  
Württemberg vor, wahl-  
taktische Gesichts-  
punkte vor eine verant-  
wortliche Energiepoli-  
tik zu stellen.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

33. Jahrgang / 7

10. Januar 1978

Niedersachsen darf den Anschluß nicht verlieren

Landtagswahl 1978 wichtig auch für Bundespolitik

Von Karl Ravens MdB

Bundesbauminister und SPD-Spitzenkandidat für Nie-  
dersachsen

Die niedersächsische SPD geht selbstbewußt und offensiv in die politische Auseinandersetzung des Wahljahres 1978. Die Leistungen, die fast über 30 Jahre hinweg sozialdemokratisch geführte Landesregierungen für Niedersachsen erbracht haben, werden - wie wir aus Meinungsumfragen wissen - auch von der Bevölkerung voll anerkannt. Im Bewußtsein der Niedersachsen ist die SPD als eine Partei fest verankert, die aus schwierigsten Anfängen heraus gute Politik für unser Land gemacht hat. Auf diesem Vertrauensfundament können wir aufbauen.

Unser politischer Hauptgegner im Wahlkampf ist die CDU. Ob die FDP vor der Wahl eine Koalitionsaussage macht und gegebenenfalls zu wessen Gunsten, läßt sich heute mit Sicherheit nicht sagen. Die Koalition mit der CDU hat sich für die Freidemokraten nicht ausgezahlt. Die Stimmverluste bei den Kommunalwahlen im vergangenen Herbst zeigen dies. Letztlich muß die FDP die Koalitionsfrage aber selbst beantworten. Wir sind grundsätzlich zu einem neuen Bündnis bereit. Es ist für mich ohnehin nur schwer vorstellbar, daß eine so sehr auf ihre liberalen Traditionen bedachte Partei wie die niedersächsische FDP Politik in einer Regierung verwirklichen will, deren Chef unliebsame Intellektuelle wie den Dichter Heinrich Böll als Sympathisanten von mörderischen Terroristen verunglimpft.

Die Schwerpunktklinien des Wahlkampfes werden auf unserer Seite sein: die bundespolitische Bedeutung der Wahl, die Be-

schäftigungslage unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Niedersachsen, die Bildungspolitik sowie die Wahrung geistiger Liberalität in unserem Staat.

- 1/ Die Niedersachsenwahl hat weit über die Landesgrenzen hinausreichende Bedeutung. Ein erfolgreiches Abschneiden der niedersächsischen SPD stärkt nicht nur die Gesamtpartei, sondern stützt auch die Position des Bundeskanzlers und der von ihm geführten Regierung. Wir können mit dazu beitragen, daß die Politik Helmut Schmidts nicht durch das ständige "Wein" der unionsregierten Länder im Bundesrat boykottiert oder verwässert wird.

Eine Regierung unter meiner Führung wird wieder anknüpfen an die Politik der Gemeinsamkeit, der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Bund und Land. Niedersachsen ist weder der Nabel der Bundesrepublik noch die Profillierungsplattform seines Ministerpräsidenten. Taktische Spielchen, wie wir sie zur Zeit bei der Unterzeichnung des Bund-Länder-Energieeinsparungsprogramms erleben, werden letztlich auf dem Rücken der niedersächsischen Bürger ausgetragen.

- 2/ Hauptaufgabe einer von mir geführten Regierung wird es sein, auch von seiten des Landes alles zu unternehmen, damit die erheblich über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Niedersachsens Arbeitslosenquote hat sich im vergangenen Jahr weiter vom Bundesdurchschnitt entfernt. Diese Entwicklung wurde gefördert durch die beschäftigungs- und damit arbeitnehmerfeindliche Haushaltspolitik der letzten zwei Jahre, in denen - unter Verzicht auf Bundesmittel - staatliche Investitionstätigkeit gedrosselt wurde, statt über vermehrte öffentliche Auftragsvergabe notwendige konjunkturelle Impulse zu geben.

Wir werden die Probleme des gegenwärtigen Strukturwandels in weiten Bereichen unserer Wirtschaft nicht gegen die Interessen der Arbeitnehmer, sondern nur gemeinsam mit ihnen bewältigen. Wir fordern deshalb unter anderem die Einrichtung von Strukturräten, damit Sachverstand und Interessen auch der niedersächsischen Arbeitnehmer bei bedeutsamen Entscheidungen über unsere Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik hinreichend Berücksichtigung finden.

- 3/ Unsere Schulpolitik bleibt weiter ausgerichtet an dem Grundsatz, für alle jungen Menschen - gleich welcher Herkunft - ein Höchstmaß an Gleichheit der Bildungschancen zu erreichen. Unsere nächsten konkreten Schritte in diese Richtung sind: die stufenweise Verwirklichung der Lernmittelfreiheit, die schrittweise Einführung des berufsorientierten 10. Schuljahres, der beschleunigte Ausbau des Berufsbildungsjahres sowie die sofortige Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß jeder Jugendliche entweder einen betrieblichen Ausbildungsplatz oder einen Platz an einer beruflichen Vollzeitschule erhält.

- 4/ Wir werden sorgfältig darauf achten, daß im entschlossenen Kampf gegen den Terrorismus Liberalität und Rechtsstaatlichkeit nicht auf der Strecke bleiben. Wer - wie Herr Albrecht auf dem CDU-Parteitag in Emden - Schriftsteller, Mitarbeiter des Norddeutschen Rundfunks und Jungsozialisten zu Sympathisanten von Terroristen erklärt, fördert die pauschale Verketzerung Andersdenkender und erzeugt Volk ein Klima der Intoleranz, das jede geistige Freiheit unterdrückt.

Unter der jetzigen Regierung droht Niedersachsen in der Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik den Anschluß zu verlieren. Deshalb wollen wir Sozialdemokraten wieder die Verantwortung für unser Land übernehmen. Dieses Ziel soll ein Wahlkampf erreichen, der von der Gesamtpartei getragen wird und in dem die Mitglieder und Anhänger der SPD in den nächsten Monaten verstärkt beim Bürger für unsere Politik werben werden.

(-/10.1.1978/vo-he/ca)

20 Jahre Römische Verträge  
-----

## Fünf Jahre erweiterte Europäische Gemeinschaft

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Zwanzig Jahre nach Inkrafttreten der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Atomgemeinschaft (die Gemeinschaft für Kohle und Stahl bestand schon sechs Jahre länger) kann man zwei Dinge feststellen:

Die Gemeinschaft hat sich anders entwickelt, als die meisten ihrer Gründungsväter sich vorstellten, und sie hat mehr für die Bürger Europas und die Welt erbracht, als die Skeptiker wahrhaben wollen, die noch immer den Ausgangspunkt des Jahres 1956 zum Maßstab nehmen. Auch die relativ kurze Spanne seit der Erweiterung markiert das Ende der Euphorie für diejenigen, die hofften, durch einen Beitritt weiterer Staaten würden die Blühträume des Europäischen Bundesstaates klassischer Prägung schneller reifen. Gleichzeitig endet die Phase der Gewöhnung, wir hoffen, auch des Widerstandes, für diejenigen unserer neuen Freunde, die den Nutzen der EG-Mitgliedschaft nicht sofort zu erkennen vermochten. Das formelle Ende der Übergangsphase für die Neumitglieder am 31. Dezember 1977, die Verwirklichung der finanziellen Autonomie der EG und die neue Haushaltsrechnungseinheit ab 1. Januar 1978 sind äußere Zeichen dieses Einschnitts. Die hoffentlich noch in diesem Jahr stattfindende Direktwahl des Europäischen Parlaments und die Vorbereitungen zur erneuten Erweiterung zeigen an, daß die Gemeinschaft der Völker des freien und demokratischen Europa sich in stetiger Entwicklung befindet und dadurch ihre Lebensfähigkeit beweist.

Wenn wir aus der Entwicklung dieses beispiellosen Vorgangs in der europäischen Geschichte, genannt Integration, etwas lernen können, so ist es die Erkenntnis, daß sich große Ziele nicht durch große Worte sondern nur durch eine Summe kleiner Taten und mit einem gehörigen Maß an Flexibilität verwirklichen lassen. Gerade Sozialdemokraten als die ersten Verfechter eines politischen Denkens, das über die Staatsgrenzen hinausgeht, haben stets die notwendige Realitätsbezogenheit im europäischen Integrationsprozeß verlangt. Wir sehen daher auch die bisherigen Früchte der europäischen Einigung mit Gelassenheit: Wir haben die nie zuvor erreichte Festigung des Friedens zwischen den Völkern der EG hervor, wir sehen die Mehrung des Wohlstandes und der Freizügigkeit für die EG-Bürger. Wir sehen die Anerkennung, die sich diese EG in der Welt geschaffen hat, die Solidarität, die sie mit den Entwicklungsländern beweist, die "europäische Identität", die sich im internationalen Gespräch entwickelt. Aller-

dings ist es der EG z.B. noch nicht gelungen, einen kontinuierlichen Dialog "über die Blockgrenzen hinweg" zu führen. Auch konnte die EG z.B. nicht die hohen Arbeitslosenzahlen verhindern, die wirtschaftliche Stagnation nicht beseitigen. Dazu aber ist kein politisches Gebilde heute allein im Stande. Vielmehr gelingen angesichts der weltweiten Verflechtung Lösungsansätze nur im Verbund mit anderen. Die EG liefert dafür einen hervorragenden Rahmen.

Von einer europäischen Regierung, wie sie manche vielleicht am Ende von 20 Jahren Vertragsanwendung erwartet haben, sind wir natürlich noch weit entfernt - und wir Sozialdemokraten halten dies auch nicht für ein vorrangiges Ziel. Wir wollen ein geeintes Europa "von unten" her aufbauen, von den Bürgern, von den Parteien und Verbänden. Daher sind für uns auch Bürgerrechte, gleiche soziale und politische Rechte für alle EG-Bürger bedeutsamer. Hier ist die Bilanz der Integration noch unbefriedigend. Zu sehr war die Aktivität und das Denken innerhalb der EG vom ökonomischen Nutzen bestimmt: Auch wenn dieser Nutzen häufig dem Einzelnen zu Gute gekommen ist - ich erinnere nur an die vielen von der EG finanzierten landwirtschaftlichen Wege, Bewässerungsanlagen, an Umschulungsbeihilfen etc., die leider nur selten als EG-Mittel deklariert werden - erst gegen Ende dieser vergangenen 20 Jahre hat bei der EG eine andere Bewertung der Prioritäten eingesetzt, wonach eine alte sozialdemokratische Forderung begriffen wird, daß wirtschaftliche Tätigkeit nicht Selbstzweck sondern zum Nutzen der Gesamtheit und im Interesse des Einzelnen zu erfolgen hat.

Wenn Demokratie, Freiheit und Solidarität nach innen die - in der Vergangenheit bisweilen leider vergessenen - Pfeiler der EG sind, dann müssen sie auch ihre Entsprechung im Verhalten nach außen finden.

Es ist nach 20 Jahren Römischer Verträge nicht möglich, Spekulationen darüber anzustellen, wie es ohne die EG heute in unserem Teil Europas aussähe.

Die EG ist solange eine unentbehrliche Form politischer Organisation, wie sie imstande ist, neben Staaten und regionalen Körperschaften für gegenwärtige und zukünftige Probleme für jedermann einsichtige Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Die Sozialdemokraten werden mit diesem zugleich bescheidenen und ambitionösen Ziel u.a. im Rahmen des direkt gewählten Parlaments, die zukünftige EG-Politik besser gestalten, als es die Konservativen in der Vergangenheit versucht haben.

(-/10.1.1978/v0-he/ca)

Energiesparprogramm  
-----

CDU entlarvt sich erneut als opportunistischer Wahlverein

Von Erich Wolfram MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Wirtschaft

Immer wenn konkrete Entscheidungen anstehen, die über unverbindliche Absichtserklärungen hinausgehen, versagt die CDU oder entlarvt sich als opportunistischer Wahlverein.

Jüngstes Beispiel: Das von Bundesbauminister Karl Ravens vorgelegte Programm zum Energiesparen. Dieses sozial ausgewogene Programm wird bei seiner Verwirklichung nicht nur zu einer spürbaren Energieeinsparung führen, sondern auch mit ca. 4,5 Milliarden DM staatlichen Investitionszuschüssen ein beträchtliches Auftragsvolumen für die mittelständische Wirtschaft bringen. Dies führt mit Sicherheit zur Erhaltung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auch die Hausbesitzer und Mieter werden davon profitieren.

Die Vernunft dieser Politik ist von neun Bundesländern eingesehen worden. Allein Ministerpräsident Albrecht aus Niedersachsen stimmte aus fadenscheinigen Gründen, die jeder politischen Grundlage entbehren, dagegen. Die Zustimmung der Länder nämlich zu dieser Verwaltungsvereinbarung präjudiziert in keiner Weise auch eine Inanspruchnahme der von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel. Von einer Bevormundung der Länder kann also überhaupt keine Rede sein.

Ministerpräsident Albrecht blockiert das Programm, fernab jeder politischen Vernunft. Er stellt kurzfristige wahltaktische Gesichtspunkte vor eine verantwortliche Energiepolitik.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg unterstützt diese widersinnige Haltung, nachdem der Innenminister des Landes vorher im Bundesrat die formale Zustimmung der Landesregierung zu diesem Programm gegeben hat.

Unbeeindruckt von dieser unvernünftigen und unverantwortlichen Taktik des Herrn Albrecht unterstützt die sozialdemokratische Bundestagsfraktion Bundesbauminister Ravens in seinem Bemühen um eine sozial abgewogene, arbeitsplatzerhaltende und -schaffende Politik der Energieeinsparung.

Es bleibt zu hoffen, daß sich doch noch die Vernunft und das Verantwortungsbewußtsein durchsetzen und auch Niedersachsen und Baden-Württemberg dem Programm zustimmen,

(-/10.1.1978/vo-he/ca)